

NRW-Städte: Container gegen Kita-Mangel

Trotz des Rechtsanspruchs auf U 3-Betreuung fehlen 27 000 Kita-Plätze im Land. Die Kommunen plädieren für pragmatische Lösungen.

VON DETLEV HÜWEL

DÜSSELDORF Sieben Monate vor dem bundesweiten Inkrafttreten des Rechtsanspruchs auf einen Betreuungsplatz für Kinder unter drei Jahren (U3) drängen die kommunalen Spitzenverbände auf „flexible und pragmatische“ Übergangslösungen. „Dazu zählen auch Container, wenn sie personell und sachlich vernünftig ausgestattet sind“, sagte der Hauptgeschäftsführer des Städte- und Gemeindebundes NRW, Bernd Jürgen Schneider.

Derartige Provisorien habe es früher auch schon gegeben – „und sie haben niemandem geschadet“, so Schneider. Container seien für eine Übergangszeit nicht nur „voll ausreichend“, sondern auch wegen des Rückgangs der Kinderzahlen vielfach sinnvoller als aufwendige Neu- oder Umbauten. Nach Angaben des Städtetags NRW plant beispielsweise die Stadt Aachen die Aufstellung von Containern und Pavillons in Kita-Einrichtungen, in denen die Baumaßnahmen nicht rechtzeitig zum 1. August dieses Jahres abgeschlossen werden können.

Ab diesem Stichtag gilt in Deutschland der Rechtsanspruch von Eltern auf ein Betreuungsangebot für ihre Kinder zwischen einem und drei Jahren. Die Kommunen schließen nicht aus, dass Eltern den Klageweg beschreiten, wenn sie abgewiesen werden. „Eine Klage schafft aber noch keinen Kita-Platz“, wandte Schneider ein. Deshalb müs-

se bei den Eltern verstärkt um Verständnis dafür geworben werden, dass ohne Provisorien das Ziel von 32 Prozent Versorgung nicht zu erreichen sei.

32 Prozent – das bedeutet, dass für nahezu jedes dritte Kind zwischen eins und drei ein Betreuungsplatz in einer Kindertagesstätte (Kita) oder bei einer von der Kommune eingesetzten Tagesmutter vorhanden ist. Die Kommunalexperten sind sich allerdings einig, dass vor allem in den größeren Städten die Nachfrage deutlich höher ausfallen wird. Die Rede ist von bis zu 60 Prozent. Der Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz werde nicht überall erfüllt werden können, sagte der Geschäftsführer des Städtetags NRW, Stephan Articus, voraus. Vor diesem Hintergrund

fordert der Städte- und Gemeindebund NRW einen neuen Krippengipfel auf Bundesebene nach der Wahl im Herbst. Vermutlich müsse dann die Zielmarke für die Betreuungsangebote deutlich nach oben korrigiert werden, was zusätzliche Bundesmittel erforderlich mache, so Schneider. Auch Articus sieht „Bund und Länder als Urheber des Rechtsanspruchs gefordert, mit den Kommunen Lösungen für eine Übergangszeit zu finden, bis der tatsächliche Bedarf an Betreuung gedeckt werden kann“.

Zu den in NRW-Kommunen beschlossenen Provisorien gehört auch das Zusammenwirken von Tagesmüttern in eigens angemieteten Wohnungen wie etwa in Mönchengladbach; es gibt auch die Möglichkeit zum „Platz-Sharing“, also einer Art Schichtbetreuung in den Kitas, wie etwa in Bonn. Die Ausweitung der Gruppenstärke und gruppenübergreifende Schlafplätze sind nach Angaben des Familienministeriums zwar möglich, doch Raumstandards und Personalschlüssel müssten gewahrt bleiben.

NRW-Familienministerin Ute Schäfer (SPD) ist zuversichtlich, dass künftig der Bedarf an Fachkräften gedeckt werden kann. In NRW seien derzeit rund 2000 Erzieherinnen arbeitslos. Wenigstens ein Teil von ihnen solle für die Arbeit in den Kitas aktiviert werden. Zudem beendeten jährlich rund 4500 junge Leute ihre Ausbildung als Erzieher.

Leitartikel Seite A2

KITA-PLÄTZE

Betreuungsangebote für Kinder unter drei Jahren

Laut Familienministerium gibt es in NRW 117 000 Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren. Allerdings bezieht sich diese Zahl auf den Stand März 2012. Wie viele Plätze seither hinzugekommen sind, werde sich erst im Frühjahr herausstellen, wenn die Förderanträge der Kitas für das am 1. August beginnende neue Kita-Jahr eingegangen sind, heißt es. NRW will mindestens 144 000 Plätze anbieten; somit fehlen 27 000.